



Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat die Türkei massiv umgebaut. Nun muss er um den Machterhalt kämpfen.

Fotos: iStock, arte

Schicksalswahl nicht nur für die Türkei

Die Türkei steht am Scheideweg. Präsident Erdoğan, der das Land zunehmend autoritär und populistisch seit 20 Jahren dirigiert, muss um seine Macht bangen. Die TT sprach mit dem Politologen Cengiz Günay.

Nach 20 Jahren an der Macht muss Präsident Recep Tayyip Erdoğan bei der Wahl am Sonntag erstmals um seinen Machterhalt bangen. Die beherrschende Frage lautet, ob es seinem Herausforderer Kemal Kilicdaroglu, Oppositionsführer und Chef der Volkspartei CHP, gelingen kann, Erdoğan zu besiegen. Kann das bisher Undenkbare geschehen?

Cengiz Günay: Die Chance für die Opposition, Erdoğan vom Thron zu stoßen, war noch nie so groß. In jüngsten Umfragen liegt Erdogans Herausforderer Kilicdarog-

lu in Umfragen mit 49 zu 45 Prozent der Stimmen voran. Wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht, kommt es zu einer Stichwahl. Eines ist jedenfalls zu beobachten: Die Stimmung im Land hat sich gedreht, das Momentum liegt bei der Opposition. Erdoğan und seiner islamisch-konservativen Regierungspartei AKP ist es nicht mehr gelungen, die Debatte zu prägen, die Themen vorzugeben. Der Präsident und seine Regierung waren im Wahlkampf meist in der Defensive. Erdogans Lager fehlt es an Visionen.

Hat sich im Endspurt noch

etwas gedreht? Die Töne wurden zuletzt ja wesentlich rauer.

Günay: Der Wahlkampf Erdogans verlief lange Zeit sehr verhalten. Lange Zeit plante er gar keine öffentlichen Auftritte. Doch nun im Endspurt hat Erdoğan offensichtlich verstanden, wie eng das Rennen ist, und sich zuletzt wieder sehr angriffslustig gezeigt, mit gewohnt polarisierender Rhetorik. Es kam auch zu Attacken auf den Istanbul-Bürgermeister Imamoglu, den neuen Politstar der Opposition.

Das einstige Wirtschaftswunderland Türkei ist in

schwere Turbulenzen geraten. Das Land kämpfte in den vergangenen Monaten mit einer galoppierenden Inflation und den Folgen der Erdbebenkatastrophe. Entscheiden diese Themen auch über den Ausgang der Wahl am Sonntag?

Günay: Die Wirtschaftskrise und die Folgen der Erdbebenkatastrophe sind die alles beherrschenden Themen. Die anhaltende Wirtschaftskrise macht vielen Menschen beim täglichen Einkauf schwer zu schaffen. Die Inflationsrate erreichte im Vorjahr Spitzenwerte von bis zu 85 Prozent, inoffiziell lag sie freilich bei weit über 100 Prozent. Und die Erdbebenkatastrophe von Anfang Februar hat das ganze Land tief traumatisiert. Die Zahl der Toten dürfte weit über den offiziellen Angaben von rund 51.000 liegen, man spricht von über 100.000 Toten. Und die Angst vor einem neuen Mega-Beben im Raum Istanbul hat bei vielen Menschen große Angst ausgelöst.

Erdoğan wurde in den vergangenen Jahren – insbesondere nach dem gescheiterten Putschversuch von Teilen des Militärs im Juli 2016 – zum autokratischen Alleinherrscher. Doch das

Fundament seines Systems hat zu bröckeln begonnen. Wie tief sind die Risse?

Günay: Der Prozess ist schon länger sichtbar. 2015 verlor die Regierungspartei AKP bei den Parlamentswahlen erstmals unter Erdoğan die absolute Mehrheit. Auch beim Referendum zur Einführung des Präsidialsystems gab es nur eine ganz knappe Mehrheit für Erdogans Griff nach der alleinigen Macht. Und in den großen Metropolen Istanbul und Ankara wurden Oppositionspolitiker von der CHP zum Bürgermeister gewählt.

Die Präsidenten- und Parlamentswahl kommenden Sonntag wird von allen Beobachtern als richtungweisend, als Schicksalswahl bezeichnet. Wie viel steht beim Urnengang für die Türkei und darüber hinaus auf dem Spiel?

Günay: Ja, es ist keine Übertreibung, wenn man von einer fundamentalen Richtungswahl spricht, nicht nur für die Türkei. Es geht um die Abwahl eines Systems, eine Entscheidung zwischen autoritärer Politik und der Hoffnung auf einen demokratischen Neuanfang. Allein schon die Tatsache, dass Erdoğan als autoritärer Populist nach 20 Jahren bei Wahlen nun der Machtverlust droht, ist ein starkes Zeichen für die Demokratie, für die Stärke der türkischen Zivilgesellschaft. Und das strahlt weit über die Grenzen der Türkei hinaus. Es zeigt, dass Politiker und Regierungen, die einen autoritären Kurs eingeschlagen haben und dabei Staat und Justiz kräftig umgebaut haben, auch wieder abgewählt werden können.

Würde mit dem Sieg der Opposition die Türkei der EU wieder näherkommen?

Günay: Es würde in der Außenpolitik der Türkei wohl nicht zu einer 180-Grad-Wende kommen. Aber die Tonalität gegenüber Europa würde sich ändern, die CHP würde wohl einen versöhnlicheren Kurs einschlagen. Einen neuen Schwung in den auf Eis gelegten Beitrittsgesprächen erwarte ich mir nicht. Dazu ist die EU derzeit nicht bereit.

Das Interview führte Christian Jentsch

Fakten zur Wahl

Präsidialsystem. 2017 haben die Türken mit einer knappen Mehrheit in einem Referendum für das von Staatschef Recep Tayyip Erdoğan angestrebte Präsidialsystem gestimmt. Eingeführt wurde die „Ein-Mann-Herrschaft“, wie Kritiker es nennen, 2018. Seitdem hat Erdoğan so viel Macht wie noch nie und kann weitestgehend am Parlament vorbei regieren.

Rückzug. Muharrem Ince wird bei der Präsidentschaftswahl nicht antreten. „Ich ziehe meine Kandidatur zurück“, sagte Ince gestern. In den Umfragen war Ince, ein erklärter Gegner von Erdoğan, nur bei zwei bis vier Prozent der Stimmen gelegen. Diese Stimmen könnten nun zu Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu wandern.

Wahl. Rund 61 Mio. Menschen sind stimmberechtigt. Neben dem Präsidenten wird auch ein neues Parlament gewählt. Weder das Regierungs- noch das Oppositionsbündnis kommt in Umfragen auf eine absolute Mehrheit. Die Kurdenpartei HDP bildet einen dritten Block.

Gute Chancen für „Gandhi“

Istanbul – In seinen 13 Jahren als Chef der größten Oppositionspartei CHP hat Kemal Kilicdaroglu noch keine einzige Wahl auf nationaler Ebene gegen Erdoğan gewonnen. Diesmal soll alles anders sein. Der 74-jährige Kilicdaroglu scheint aus seinen



Kemal Kilicdaroglu „herzt“ seine Anhänger auf Wahlkampfveranstaltungen. Foto: imago

Fehlern gelernt zu haben. An seiner ruhigen Art hat er aber nichts geändert – deswegen und wegen anderer Ähnlichkeiten mit dem indischen Widerstandskämpfer wird er auch „Mahatma Gandhi der Türkei“ genannt. Kilicdaroglu, der Wirtschaft in Ankara studiert hat, hat im Wahlkampf mit mehreren Tabus gebrochen.

Er wurde 1948 in der osttürkischen Provinz Tunceli geboren und gehört der religiösen Minderheit der Aleviten an. Offiziell anerkannt als Religionsgemeinschaft sind sie nicht, obwohl rund

14 Millionen von insgesamt 85 Millionen Menschen in der Türkei alevitischen Glaubens sind. Kilicdaroglu bekannte sich kürzlich erstmals öffentlich dazu.

Die Chancen des Sozialdemokraten stehen diesmal auch gut, weil er ein breites Bündnis aus sechs Parteien anführt – darunter befinden sich Nationalisten und Islamisten. Im Wahlkampf hat er immer wieder nationalistische Töne angeschlagen. So sagte er über die Millionen geflüchteten Syrer in der Türkei, dass „wir sie binnen zwei Jahren in ihre Heimat schicken werden“ – die Afghanen ebenso. Als Königsmacher gilt die kurdische HDP, die nicht der Sechser-Allianz angehört. Sie hat ihre Wähler dazu aufgerufen, Kilicdaroglu zu unterstützen. (sas)

Zur Person

Cengiz Günay. Der Türkei-Experte ist Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (oiip) und Lektor an der Universität Wien. Zu seinem Fachgebiet zählt Demokratieentwicklung.



Foto: ÖIIP